

LINKS DER NEISSE

Damit Energie bezahlbar bleibt:

**Mehrwertsteuer
senken! DIE LINKE.**



JAHRESAUFTAKT

**20
22**

Für eine LINKE
Transformation.
Sozial und
klimagerecht.

DIE LINKE.

Mehr auf Seite 7

**DIE LINKE:
Der Mitglieder-
entscheid als
Chance!**

die-linke-grundeinkommen.de

Mehr auf Seite 7

Inhalt:

Jahresauftakt 2022	S. 2
Europäische Linke	S. 4
Bundespolitik	S. 5
Sachsens Linke	S. 6
Aus dem Kreisverband	S. 8
DIE LINKE. vor Ort	S. 10
Forum & Diskussion	S. 12

**Frieden,
Freiheit,
Solidarität**

und ein
frohes neues
Jahr!

DIE LINKE.

„Für eine LINKE Transformation. Sozial UND klimagerecht“

Zum Jahresauftakt 2022 stellten die Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Janine Wissler und Susanne Hennig-Wellsow, ein neues Strategiepapier vor. Aus meiner Sicht ist es eine Antwort auf die verlorene Bundestagswahl, indem hier sehr klar unsere Ziele in verschiedenen Politikfeldern benannt werden. Es trägt die Überschrift: „Für eine LINKE Transformation. Sozial UND klimagerecht“. Im folgenden wichtige Passagen dieses Papiers.

„Zum Wesen der kapitalistischen Gesellschaft gehört, dass Ungleichheit immer wieder neu hergestellt wird und dass die natürlichen Grundlagen in unserer Wirtschaft verbraucht und zerstört werden. Beide – Ungleichheit und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen – bedrohen den Fortbestand unseres Planeten. Beides zu überwinden ist die Herausforderung unserer Zeit. Wir stellen uns der Aufgabe, die Klimakatastrophe zu stoppen und Klimaschutz in eine umfassende Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft einzubetten. Linke Politik auf der Höhe der Zeit bedeutet, soziale und ökologische Kämpfe zusammen zu denken, der sozialen und der ökologischen Frage eine gemeinsame Antwort zu geben. Wird der Wandel richtig angepackt, lassen wir dabei niemanden zurück, wird die Lebensqualität der Menschen insgesamt steigen – trotz der einzusparenden Ressourcen.“

„Die Ampel-Regierung will gesellschaftlichen Fortschritt ermöglichen, aber die enorme Ungleichheit bei der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums bleibt unangetastet. Die Ampel setzt auf Anreize für Unternehmen. Eine solche Transformation in nur 15 Jahren ist eine Riesenaufgabe. Nicht wenige Menschen fürchten die Umstellungen, die damit einhergehen werden. Aber sie bietet große Chancen auf ein besseres Leben für alle – in Deutschland, aber auch weltweit. Der notwendige ökologische Umbau braucht ein starkes soziales Fundament. Ohne den Ausbau sozialer Rechte wird die Transformation scheitern. Ohne

soziale Gerechtigkeit und eine Stärkung der Demokratie auch in der Wirtschaft werden wir die Klimaziele nicht erreichen. Hier machen wir Vorschläge, wie eine gerechte und wirkungsvolle Transformation gelingen kann, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft macht und die Menschen in den Mittelpunkt der Umgestaltung stellt.“

Klimaschutz: Emissionen auf null in allen Sektoren

„Deutschland muss schnellstmöglich auf den 1,5-Grad-Pfad. und die Verantwortung für den Klimaschutz endlich wahrnehmen. Ab 2035 sollten wir in Deutschland klimaneutral leben und wirtschaften.

- Der Kohleausstieg bis 2030
- Ein Erdgasausstiegsgesetz muss den schnellen Ausstieg aus dem Erdgas und die Ersetzung durch Erneuerbare Energien festschreiben.
- Eine Energiewende in Bürger*innenhand, die Genossenschaften und kommunale Versorgung stärkt- Ein verbindlicher Klimacheck für alle Gebäude bis 2025.“

Die LINKE Verkehrswende

„Für eine Verkehrswende, die soziale und ökologische Belange in den Vordergrund stellt, ist die Antriebswende nur ein Punkt.“ Ja, wir müssen schnell raus aus dem Verbrennungsmotor. Am besten bis spätestens 2030. Noch wichtiger ist es aber, kollektive – und ökologische – Verkehrsmittel auszubauen und für alle bezahlbar zu machen. Die Menschen müssen unabhängig vom Auto mobil sein können – auch auf dem Land.

- Der ÖPNV muss flächendeckend ausgebaut werden.
- Wir wollen die Ticketpreise schrittweise in drei Phasen auf Null senken.
- Wir wollen eine Mobilitätsgarantie für den ländlichen Raum.
- DIE LINKE tritt für eine bedarfsdecken-

Für eine LINKE

de Finanzierung der Bahn und für ihren Ausbau ein.

- Alle Privatisierungen, Ausgliederungen und Aufspaltungen bestehender Eisenbahngesellschaften und auch die Umwandlung der DB in eine Aktiengesellschaft müssen rückgängig gemacht werden.
- Güterverkehr und Kurzstreckenflüge müssen auf die Schiene.
- Die Pendlerpauschale wollen wir in ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld umwandeln.
- Das steuerliche Dienstwagenprivileg wollen wir abschaffen.
- Um Menschen und Klima zu schützen, brauchen wir endlich ein Tempolimit.“

Klimagerechter Industrieumbau

„Der Umbau der Industrie muss die Beschäftigten in den Transformationsbranchen schützen, Jobs und Einkommen garantieren und ihnen Übergänge ermöglichen.

- Keine Steuergelder ohne Gegenleistung. Staatliche Gelder (ob direkte Hilfszahlungen oder versteckte Subventionen) müssen an langfristige Garantien von Arbeitsplätzen, Tarifverträgen und an verbindliche Investitionspläne gebunden werden.
- Vetorechte gegen Kahlschlag, Mitbestimmung über die Zukunft.
- Die Beschäftigten haben ein Recht auf Arbeitsplatz- und Einkommensgarantien.
- Konversion und solidarische Ökonomie fördern
- 1 Million-Klima-Jobs. Schienenverkehr und -produktion, Erneuerbare Energien und im Baugewerbe brauchen hunderttausende neue Beschäftigte, wenn sie im notwendigen Umfang ausgebaut werden.
- Die öffentliche Daseinsvorsorge stärken.
- Soziale Gerechtigkeit und gute Arbeit in der Transformation muss durch kollektive Sicherungssysteme begleitet werden.
- Rückkehr zur Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen.

- Armut „abschaffen“.

Die Agrarwende einleiten

„Die industrielle Landwirtschaft hat weltweit einen hohen Anteil an der Erzeugung von klimaschädlichen Treibhausgasen. Viele Praktiken führen zur Verunreinigung von Wasser, Boden und Luft, und sind hauptverantwortlich für den Verlust von Biodiversität. Wir brauchen daher umgehend einen gerechten Übergang in ein nachhaltiges Agrar- und Ernährungssystem, das sich an den Bedürfnissen der Beschäftigten in der Landwirtschaft und der Verbraucher*innen orientiert und nicht an Profitinteressen der Konzerne!“

- DIE LINKE setzt sich für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik ein. Zahlungen sollen konsequent an wissenschaftlich fundierte Umwelt- und Sozialkriterien und an den Tierschutz gebunden werden.
- Wir setzen uns für gute Arbeitsbedingungen und Einkommen durch flächendeckende Tarifverträge in der Landwirtschaft ein.
- Eine Tierhaltung, die flächengebunden und auf die einheimische Nachfrage bezogen ist. Für Regionen und Standorte sind Bestandsobergrenzen nötig. Megaställe lehnen wir ab.
- Regionale Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen als Gegenstrategie zur Marktmacht von Schlachthof-, Molke- und Handelskonzernen. Wir fördern bäuerliche, genossenschaftliche und ökologische Landwirtschaft. Der Ökolandbau muss auf mindestens 25 Prozent der Agrarfläche bis 2030 ausgebaut werden. Genossenschaftliche Landwirtschaft, Formen der solidarischen Landwirtschaft sowie Erzeuger- und Vermarktungsgemeinschaften sind besonders zu unterstützen.
- Boden verfügbar machen für regional verankerte Landwirtschaftsbetriebe und ländliche Bevölkerung. Bauernland gehört nicht in die Hand landwirtschaftsfremder „Investoren“.

Sabine Kunze

Transformation

Historischer Sieg von Boric in Chile: Bekämpfung von Neoliberalismus, Intoleranz und Diskriminierung



Feiernde Anhänger des neuen chilenischen Präsidenten Boric

Die Europäische Linke (EL) gratuliert Gabriel Boric zum historischen Wahlerfolg bei den Präsidentschaftswahlen in Chile. Der Sieg von Boric bietet Hoffnung

Die EL gratuliert dem chilenischen Volk, das sich entschieden hat, ein neues Kapitel in der Geschichte seines Landes aufzuschlagen. Wir werden diese fortschrittliche Reaktion gegen Rechtsextremismus,

für alle, die die neoliberale und rechte Politik ein für alle Mal begraben wollen. Diese neue Generation von Führern wird eine linke Alternative für eines der ungleichsten Länder der Welt hervorbringen.

Intoleranz und Diskriminierung unterstützen.

„Wir freuen uns sehr über den Sieg von Gabriel Boric. Er repräsentiert den vom chilenischen Volk sehr gewünschten Wandel. Er war in der Lage, sich zu wehren und diejenigen zu besiegen, die offen Nostalgiker der berüchtigten Diktatur von Pinochet sind. Uns ist versichert, dass er auf die Forderungen der Bürger eingehen und die Werte der sozialen Gerechtigkeit und Gleichberechtigung wieder ins Zentrum der chilenischen Politik rücken wird“, erklärt Heinz Bierbaum, Präsident der Europäischen Linken.

Pressemitteilung
Europäische Linke

Korruptionsbekämpfung: Stromausfall bei Ampel

Martin Schirdewan, Ko-Vorsitzender der Linksfraktion THE LEFT und finanzpolitischer Sprecher von DIE LINKE im Europäischen Parlament, erklärt zur Veröffentlichung des Korruptionswahrnehmungsindex 2021 von Transparency International:



„Deutschland tritt in Sachen Korruptionsbekämpfung seit Jahren auf der Stelle. Der Koalitionsvertrag der Ampelregierung weckt kaum Hoffnungen auf Fortschritt. Die Regierungsparteien haben nichts gelernt aus Veröffentlichungen zu Maskendeals, Cum-Ex und Wirecard-Skandal. Gegen Steuerhinterziehung, Korruption und Geldwäsche muss endlich umfassend und konsequent vorgegangen werden.“

„Affären um Nebeneinkünfte und Maskendeals zeigen: Wir brauchen eine unabhängige Kontrollinstanz, die Lobbyregister und Nebeneinkünfte von Abgeordneten genauestens überprüft. Wir fordern scharfe und bindende Verhaltensregeln für Abgeordnete und eine Überarbeitung des Paragraphen 108e zur Abgeordnetenbestechung. Nur so können undurchsichtige Einflussnahme und Korruption endlich sanktioniert werden. Im Koalitionsvertrag der Ampel aber fehlt davon

jede Spur.“

„Auch bei der Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerbetrug bleibt die Ampel hinter ihren Versprechungen zurück. Eine effiziente Finanzaufsicht auf EU-Ebene und gebündelte Kräfte im Kampf gegen Geldwäsche, fehlen im Koalitionsvertrag. Und das, obwohl im Geldwäsche-Paradies Deutschland jährlich schätzungsweise 100 Milliarden Euro gewaschen werden. Schließlich müssen auch Whistleblower*innen geschützt werden, denn sie zeigen Zivilcourage und betreiben wichtige Aufklärung. Wir fordern anonyme Meldewege und umfassenden Schutz vor Repression - im Sinne von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.“

Pressemitteilung
Martin Schirdewan

Gebt den Bürgern etwas zurück!

Die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen sind 2021 wieder deutlich gestiegen. Im Vergleich zum ersten Corona-Krisenjahr 2020 stiegen sie dem Bundesfinanzministerium zufolge um 11,5 Prozent auf knapp 761 Milliarden Euro.

„Bundesfinanzminister Christian Lindner sollte den Bürgern etwas von den Steuermehreinnahmen zurückgeben und angesichts galoppierender Preise bei Strom, Heizöl, Erdgas und Sprit die Mehrwertsteuer hierfür von 19 Prozent auf 7 Prozent senken. Das entlastet Verbraucher bei immer brutaleren Energiekosten“, reagiert Dietmar Bartsch im Kurznachrichtendienst Twitter auf die Zahlen.

„Angesichts explodierender Preise für Lebensmittel und Energie braucht es steuerlich mehr Netto im Portemonnaie. Wir brauchen

eine Einkommensteuerreform, die Gering- und Normalverdiener entlastet, und einen Energiekostensenkungsplan, der auf steigende Preise mit einer steuerlichen Zurückhaltung des Staates reagiert“, so Bartsch weiter.

Finanzminister Lindner sollte den Bürgern etwas von den Steuermehreinnahmen

■ Mehrwertsteuer bei Strom, Heizöl, Erdgas und Sprit von 19% auf 7%
■ Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen **senken!**

zurückgeben!



www.linksfraktion.de

* Quelle: Bundesfinanzministerium

Finanzexperte Christian Görke erinnert die Bundesregierung an den letzten Herbst: „Im Wahlkampf wollten alle drei Ampel-Parteien noch die Steuern für Geringverdiener und Mittelschicht senken. Was kam? Nichts. Warum nicht die

Rekordsteuereinnahmen nutzen, um kleine und mittlere Einkommen zu entlasten? Jetzt wäre der richtige Zeitpunkt für Steuersenkungen. Eine Senkung der Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen oder eine temporäre Senkung der Mehrwertsteuer auf Energie kämen dafür in Frage. Das würde nicht nur Geringverdiener und Mittelschicht entlasten, sondern auch die Wirtschaft anschieben. Das wäre auch angesichts der gesenkten Wirtschaftsprognose überfällig. Christian Lindner hat schon die Anpassung der Einkommensteuer an die Inflation verpennt. Das darf nicht erneut vorkommen. Zügige Steuersenkungen wären mehr als angebracht.“

*Diethmar Bartsch &
Christian Görke*

Bundesregierung verhöhnt Armut von Hartz IV-Empfängern

„Während Bundeskanzler Olaf Scholz mantraartig den ‚Respekt‘ beschwört, verhöhnt die Antwort seiner Bundesregierung die real existierende und sich verschärfende Armut von Hartz IV-Empfängern“, erklärt Sören Pellmann, für die Fraktion DIE LINKE Mitglied im Ausschuss Arbeit und Soziales, mit Blick auf die Antwort der Bundesregierung auf seine Schriftliche Frage nach einer möglichen Regelsatzerhöhung für ALG II-Empfänger für den Gesundheitsschutz, da die aktuellen Corona-Schutz-Verordnungen der Länder meist die Nutzung von FFP2-Masken im Alltag vorschreiben. Pellmann weiter:

„Statt den individuell deutlich steigenden Kosten für den Gesundheitsschutz und der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Pandemiebekämpfung mit einer entsprechenden Anpassung des Regelsatzes zu begegnen, sollen sich Familien mit Hartz IV-Beziehern die Kosten besser vom Munde absparen. Es bleiben folglich drei Optionen: Hartz IV-Empfänger ziehen sich noch weiter aus dem gesellschaftlichen Leben zurück, sie sparen noch weiter an der eigenen Versorgung und der Versorgung der Kinder oder sie müssen aus finanziellen Gründen eine Corona-Infektion in Kauf nehmen. Ich frage mich, in was für einem barbarischen System wir leben.“

Der im Hartz IV-Regelsatz enthaltene Anteil von 17,16 Euro deckt monatliche Kosten für FFP2-Masken, sonstige Schutzmaßnahmen vor einer Corona-Infektion oder gar alle weiteren notwendigen gesundheitssichernden Maßnahmen keinesfalls. Die daraus resultierenden Folgen werden unserer Gesellschaft noch teuer zu stehen kommen. Dieses Beispiel zeigt auch, wie überholt das Hartz IV-System ist und dass es endlich abgeschafft gehört. Eine wie von DIE LINKE geforderte sanktionsfreie Mindestsicherung in Höhe von 1200 Euro wäre wesentlich menschenwürdiger und könnte viel eher neue Perspektiven eröffnen als das bisherige Gängelungssystem.“

Pressemitteilung Sören Pellmann

Der erste Mitgliederentscheid „von unten“ steht an! Von der Idee zur basisdemokratischen Urabstimmung



Marco Dziallas - Abstimmung BGE
Schauburg Dresden

Der Fahrplan steht: Im September 2022 werden alle Mitglieder von DIE LINKE bundesweit und basisdemokratisch über das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) abstimmen. Aber worum geht es überhaupt? Und wie ist es eigentlich dazu gekommen?

Ein Mitgliederentscheid ist eine basisdemokratische Urabstimmung aller Parteimitglieder zu politischen Fragen oder Personalfragen. Die Durchführung eines Mitgliederentscheids kann beispielsweise durch den Parteitag beschlossen oder von fünf Prozent aller Parteimitglieder herbeigeführt werden. Bereits im Frühjahr 2017 hat sich die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Grundeinkommen dazu entschieden, einen solchen Mitgliederentscheid zum BGE herbeizuführen. Noch im selben Jahr haben wir damit begonnen Unterschriften zu sammeln. Im Frühjahr 2020 war

es dann soweit: mit Hilfe zahlreicher Unterstützer*innen haben wir über 3.100 gültige Unterschriften von Parteimitgliedern gesammelt – das Quorum von fünf Prozent war erreicht. Damit handelt es sich um den ersten von der Basis herbeigeführten Mitgliederentscheid in unserer Bundespartei.

Für uns ist eine sachliche und ausgeglichene Debatte im Vorfeld der Entscheidung wichtig. Wegen Corona war es nicht wie sonst möglich Veranstaltungen durchzuführen oder mit allen Genoss*innen in den Diskurs zu treten – das Parteileben lag brach. Außerdem erschien es für uns nicht zielführend, einen so wichtigen Mitgliederentscheid parallel zu einem Bundestagswahlkampf durchzuführen. Ein Plan B musste her. Gemeinsam mit dem Parteivorstand haben wir daher einen Antrag zum zeitlichen und inhaltlichen Ablauf für den Bundestag erarbeitet. Dieser Antrag wurde der 1. Tagung des 7. Bundestages im Februar 2021

zur Abstimmung vorgelegt und von diesem positiv entschieden: Spätestens ein Jahr nach der Bundestagswahl würde der Mitgliederentscheid stattfinden.

Die Menschen verlangen Antworten von uns. Wir als BAG haben ein Konzept zum BGE aufgestellt, das europaweit viel Ansehen genießt. Es beschreibt ein modernes linkes

Sozialstaatskonzept – sanktionsfrei und ohne Stigmatisierung von Bedürftigkeit. Es stellt klare Unterschiede zu allen anderen politischen Akteur*innen heraus, zeigt klare Perspektiven für die Zukunft auf und bedient ganz bewusst ein auf Gemeinwohl und Solidarität ausgelegtes Menschenbild. Wir finden das BGE stärkt DIE LINKE, ohne dass wir andere Positionen aufgeben müssen.

Nun geht es bald schon los, denn bevor es ans Entscheiden geht, ist eine sechsmonatige Phase für Meinungsbildung und Diskussion vorgesehen. Wir möchten dich vom Grundeinkommen überzeugen und freuen uns auf die gemeinsame Debatte. Wir sagen JA zum BGE beim Mitgliederentscheid im September 2022.

Mehr Infos und Möglichkeiten zum Mitmachen findest du hier: mitlinks-zum-grundeinkommen.de

LAG Bedingungsloses Grundeinkommen / Mischa Kreutzer

Sozial-ökologischer Umbau statt Wasserstoff-Hype

Positionspapier der Landesarbeitsgemeinschaft Ökologie ADELE von DIE LINKE. Sachsen (Entwurf)

Der Klimawandel wird zunehmend spürbar, deshalb suchen Politik und Wirtschaft händierend nach Lösungen, um das auf fossilen Brennstoffen basierende Wirtschaftssystem klimaneutral zu gestalten. Neben dem Ausbau erneuerbarer Energieanlagen spielt derzeit vor allem Wasserstoff in der öffentlichen Diskussion eine bedeutsame Rolle. Wasserstoff wird als das „Öl der Zukunft“ für viele Bereiche als eine attraktive Alternative gehandelt, da er viele Funktionen fossiler Brennstoffe erfüllen kann, ohne dass ein systemisches Umdenken erforderlich wäre. Auch für die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen werden Wasserstoffprojekte als Möglichkeit zum Erhalt von Industriearbeitsplätzen angepriesen.

Über die Potenziale, Voraussetzungen und Risiken der Wasserstofftechnologie wurde schon vielfach diskutiert und noch immer gibt es offene Fragen. Auch DIE LINKE. Sachsen beteiligt sich an diesem Diskussionsprozess, etwa durch die Wasserstoff-Konferenz der LAG Ökologie ADELE am 6. November 2021 in Weißwasser.

Aus diesen und weiteren Diskussionsrunden ergeben sich folgende 10 Forderungen, die aus LINKER Sicht eine Orientierung im derzeitigen Wasserstoff-Hype bieten können:

1. Wir brauchen den **sozial-ökologischen Umbau**. Mit Wasserstoff verbundene Versprechungen eines „Weiter so mit grünem Anstrich“ reichen nicht aus, um ein nachhaltiges Wirtschaftssystem zu etablieren.

2. **Erneuerbare Energieanlagen** müssen massiv ausgebaut werden. Der dezentrale Ausbau muss Hand in Hand mit Bürgerbeteiligung und finanzieller Teilhabe an den Anlagen gehen.

3. **Wasserstoff wird** in einem nachhaltigen Wirtschaftssystem **benötigt, aber nicht überall** wo ein Einsatz möglich ist, ist dies ökonomisch und ökologisch sinnvoll.

4. Möglichkeiten der **Energieeinsparung** sollten prioritär verfolgt werden, erst danach die energieeffizienteste Technologie berücksichtigt bzw. auf klimafreundliche Technologien umgestellt werden. Es braucht **Energieeinsparungsstrategien** in allen Sektoren. Der potenzielle Wasserstoffbedarf ließe sich erheblich verringern, wenn bspw. weniger Flugzeuge flögen, mehr Menschen einen Zugang zu einem attraktiven ÖPNV-Angebot haben und der Einsatz von Düngemitteln reduziert würde.

5. Langfristig sinnvoll ist **nur** der Einsatz von **grünem Wasserstoff** aus erneuerbaren Energien und zwar **nur dort, wo eine Elektrifizierung nicht** oder nur sehr schwer möglich ist (bspw. in der Stahl- und Chemieindustrie, im Bereich von Schwerlast- und Nutzfahrzeugen). Für den Übergang ist die Nutzung weiterer Energieträger zur Wasserstoffherstellung möglich.

6. Die **Elektrifizierung**, insbesondere im Mobilitätssektor und im Wärmebereich, ist schnellstmöglich voranzutreiben. Der Einsatz von Wasserstofftechnologien in diesen Sektoren sollte maximal einzelfallbezogen und keinesfalls flächendeckend erfolgen.

7. Alle Maßnahmen zur Dekarbonisierung müssen **sozial gerecht** sein und dürfen ärmere Bevölke-

lungsgruppen nicht zusätzlich belasten. Insbesondere für sie müssen Rahmenbedingungen für ein klimagerechtes Leben geschaffen werden, etwa durch die Bereitstellung eines attraktiven ÖPNV-Angebots oder durch Sozialwohnungen in klimaneutralen Gebäuden.

8. Der Ausbau von Erdgasinfrastrukturen für den zukünftigen Wasserstoffeinsatz birgt die **Gefahr von Login-Effekten** und die Verschleppung der notwendigen Unabhängigkeit von fossilen Systemen. Ein Neu- und Ausbau von Erdgasinfrastrukturen darf es nur geben, wenn konkret dargelegt ist, unter welchen Bedingungen die Infrastruktur auf einen zeitnahen zukünftigen vollständigen Einsatz von Wasserstofftechnologien umgerüstet werden kann und welche Bedarfe es dafür gäbe.

9. Die **Umweltbelastungen durch die Herstellung von Wasserstoff** müssen genaustens in den Blick genommen werden. Das Greenwashing von Wasserstoff aus Erdgas mittels Abspaltung und Speicherung von CO₂ muss ausgeschlossen werden. Bei der Planung und dem Bau von Wasserstoff-erzeugungsanlagen (Elektrolyseuren) müssen der Wasserbedarf der Anlagen und die Auswirkungen auf die Grundwasserversorgung genaustens untersucht und berücksichtigt werden.

10. Der europäische Wasserstoffbedarf sollte vor allem durch **dezentrale Energieerzeugungsanlagen innerhalb der EU** gedeckt und die Importabhängigkeit von grünem Wasserstoff so gering wie möglich gehalten werden. Die Wasserstoffversorgung der EU darf nicht auf Kosten der Energiewende in Drittstaaten gehen, sondern muss diese befördern.

Bericht aus dem Kreistag: Kreistag fällt Entscheidung über Busverkehr und zu wichtigen Personalfragen

Entscheidung über Busverkehr

Mit den Stimmen der LINKEN übernimmt DB Regio Bus Ost den Busverkehr im Landkreis mit Ausnahme der Stadt Görlitz.

Ab dem Jahr 2023 ist der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) im Kreis Görlitz in der Hand der DB Regio Bus Ost GmbH. Die Stadt Görlitz ist dabei ausgenommen. Dies beschloss der Kreistag am 8. Dezember mit den Stimmen der LINKEN.

Vorangegangen war eine europaweite Ausschreibung. Bei dieser setzt sich das zum DB Konzern gehörende Unternehmen mit Sitz in Potsdam durch. Alle Busfahrer werden übernommen, dies war uns als LINKE besonders wichtig.

Nachtrag der Redaktion:

Gegen die Vergabe der ÖPNV-Leistung legte ein unterlegener Bieter Klage ein. Deshalb tagte der Kreistag am 10. Januar 2022 erneut und es muss eine neue Vergabe erfolgen.

Personalentscheidungen auf der Tagesordnung

Der Kreistag beschloss, dass Herr Kluttig als Sachgebietsleiter Arzt im Amtsärztlichen Dienst eingestellt wird. Er wechselt vom Klinikum Oberlausitzer Bergland Zittau zum Landkreis. Wir wünschen viel Erfolg in dem neuen Tätigkeitsfeld.

Landrat und Kreistag verabschiedet Kreis-Schulamtsleiterin Frau Marlies Wiedmer-Hüchelheim

Mit anerkennenden Worten des Landrates, welchen wir als LINKE nur zustimmen konnten, wurde die Kreis-Schulamtsleiterin Frau Marlies Wiedmer-Hüchelheim in den Ruhestand verabschiedet.

Ihre Nachfolgerin Frau Denise Kieschnick übernimmt ab dem kommenden Jahr deren Aufgabenfeld und auch etliche Aufgaben in Aufsichtsräten. So stimmte der Kreistag mit den Stimmen der LINKEN dafür, dass Frau Kieschnick die Posten in der Kultur- und Weiterbildungsgesellschaft und der Zittauer Bildungsgesellschaft übernimmt, welche vorher Frau Wiedmer-Hüchelheim innehatte.

Zittauer Bildungsgesellschaft (ZiBi) ab Januar mit einem statt zwei Geschäftsführern

Herr Baumgarten ist ab kommenden Jahr der alleinige Geschäftsführer der Zittauer Bildungsgesellschaft. Geschäftsführer Herr Scholz scheidet altersbedingt aus dem Unternehmen aus, die zweite Geschäftsführerin Frau Schild bleibt der ZiBi bis Mitte 2022 als Angestellte erhalten.

Großschönaus Bürgermeister Frank Peuker tritt als Vorsitzender des Zweckverbands Allwetterbad –

dem Gesellschafter des Trixiparks – zurück

Mit einer persönlichen Erklärung gab Großschönaus Bürgermeister Frank Peuker, welcher fraktionslos im Kreistag sitzt, dies bekannt. In der Erklärung werden eine für ihn nicht mehr tragbare Situation und ein zerstörtes Vertrauensverhältnis als Gründe benannt.

Busfahrplan im Norden des Landkreises sorgt für Fragen

Nach massiven berechtigten Protesten wurde die Einführung des neuen Busfahrplanes für den nördlichen Landkreis verschoben.

Daher haben wir als LINKE diese Fragen an den Landrat schriftlich zur Beantwortung eingereicht – und halten Sie natürlich darüber auf dem Laufenden.

1. Wann startet der neue Fahrplan? Zum neuen Schuljahr im August des nächsten Jahres oder im Januar 2023?
2. Was passiert mit den regulären Buslinien nach dem aktuell gültigen Fahrplan, die keine Schulbuslinien sind, aber überwiegend von Schülern genutzt werden?
3. Gilt der separate Fahrplan für den Schülerverkehr auch bis Ende 2023?

Jens Hentschel-Thoericht

Freie Fahrt für Freiwillige - DIE LINKE. Kreisverband Görlitz unterstützt die Forderung nach kostenfreiem ÖPNV für Freiwilligendienstleistende

Jedes Jahr engagieren sich rund 100.000 Freiwillige in Deutschland in einem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ), Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) oder einem Bundesfreiwilligendienst (BFD). Diese nutzen häufig nachhaltig und umweltfreundlich Bus und Bahn.

Willi Ott – Jugendpolitischer Sprecher des Kreisverbandes und selbst Freiwilligendienstleistender an der Brüder-Grimm Lernförderschule in Weißwasser dazu: „Nicht nur in Zeiten von Corona haben viele Freiwillige einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft geleistet. Gerade jetzt leisten wir aber auch noch unter zusätzlich erschwerten Bedingungen einen Anteil an der Bewältigung der Krise. Egal ob in der Pflege, im Rettungsdienst, bei

der Betreuung von Kindern und Jugendlichen oder auch zur Unterstützung in Test- oder Impfzentren – überall dort engagieren sich Freiwillige. Ganz klar ist für uns dabei, dass wir Menschen, die sich für unsere Gesellschaft einsetzen, einen besonderen Dank zukommen lassen wollen, und dabei wäre die kostenfreie Nutzung des ÖPNV gerade für Freiwilligendienstleistende eine wichtige Entlastung.“

Mathias Fröck, Mitglied im Kreisvorstand und ehemaliger FSJler in einer Görlitzer KiTa: „Dass Mobilität nicht ein Privileg von besserverdienenden Menschen sein darf, sondern aus unserer Sicht ein Grundrecht ist, machen wir als Partei schon lange klar. Umso wichtiger ist es jedoch, dass gerade auch

Freiwilligendienstleistende, die so viel für unsere Gesellschaft leisten für ihre Leistung Wertschätzung und Anerkennung erhalten. Das sie auch noch aus ihrem Taschengeld, das sie während des FSJs erhalten, die Tickets für den Weg zur Dienststelle bezahlen müssen, muss schnellstmöglich geändert werden. Abgesehen davon, dass ein ticketfreier Bus- und Bahnverkehr für alle die umweltschonenste und nachhaltigste Lösung wäre, unterstützen wir als Kreisverband natürlich die Forderungen der Freiwilligen zum Aktionstag am 3. Dezember nach einem kostenfreien Ticket für sie für Bus und Bahn“.

Pressemitteilung Kreisvorstand

Strukturwandel-Geld für regionale Begleitausschüsse ist alle - Verteilung nach Windhundprinzip ist gescheitert!



Uns liegen Informationen der Sächsischen Agentur für Strukturentwicklung (SAS) vor, wonach

laut dem Sächsischen Staatsministerium für Regionalentwicklung (SMR) ‚die verfügbaren Haushaltsmittel für die erste Förderperiode (2020 bis 2026) nach RL InvKG vollständig belegt sind‘. Im Klartest heißt das: Für diese erste Förderperiode können keine weiteren Projektanträge in den Regionalen Begleitausschüssen für das Mitteldeutsche und das Lausitzer Revier

gestellt werden. Davor hatten wir gewarnt.

Für Kommunen, die in den nächsten vier Jahren Strukturwandelprojekte umsetzen wollten, ist dies ein Schlag ins Gesicht. Auch die Mitglieder der Regionalen Begleitausschüsse dürften sich fragen, worüber sie in den nächsten Jahren entscheiden sollen, wenn es kein Geld zu verteilen gibt. Dies ist das Ergebnis der gescheiterten Strukturwandelpolitik der sächsischen Staatsregierung: Projekte nach dem Windhund-Prinzip verteilen, ohne Zeit für ausreichende Projektentwicklung und die Überprüfung einzuräumen, ob diese Projekte sinnvoll zum Strukturwandel beitragen. Hinzu kommen teure Landesprojekte wie der Umzug der

Landesuntersuchungsanstalt nach Bischofswerda, durch welche die Töpfe für die Kommunen geleert wurden.

Der Strukturwandel kann nur gelingen, wenn die Akteure vor Ort genug Zeit für die Entwicklung von Projekten bekommen. Nur dann kann die Bevölkerung beteiligt werden, nur dann kann sichergestellt werden, dass die Gelder für Projekte ausgegeben werden, die einen sinnvollen und nachhaltigen Beitrag zum Strukturwandel leisten. Wir fordern einen Dialog auf Augenhöhe zwischen der Staatsregierung und den betroffenen Kommunen, die über den Strukturwandel entscheiden!“

Pressemitteilung Marco Böhme

Der Ortsverband Niesky dankt Martin Schlücker



Fast drei Jahrzehnte war Martin Schlücker Vorsitzender des Seniorenaktivs des Ortsverbandes Niesky. Nun, in seinem 81igsten Lebensjahr, möchte er die Arbeit in jüngere Hände abgeben. Das Seniorenaktiv kümmert sich um all das, was Partei „im Inneren zusammenhält“: Um Ehrungen, Geburtstage, Krankenbesuche und Trauerfälle. Ein besonderes Anliegen des Seniorenaktivs ist es, den Kontakt zu hochbetagten oder kranken Genossinnen und Genos-

sen aufrecht zu erhalten, die an keiner Versammlung mehr teilnehmen können. Man ahnt, dass gerade eine solche Arbeit mit den Jahren nicht weniger, sondern immer mehr Zeit einfordert, denn unerbittlich rückte die Mehrheit unserer Parteimitglieder in das Rentenalter hinein. Eine solche Arbeit ist befriedigend, wenn Genossinnen und Genossen sich dankbar zeigen über die Wertschätzung anlässlich ihres Ehrentages. Sie kann aber durchaus auch psychisch belasten, wenn man so unmittelbar den Tod von einstigen Weggefährten begleiten muss. So war es auch, als einer seiner engsten Vertrauten in der Partei, unser langjähriger Ortsvorsitzender Günther Giese, 2021 verstarb. Gerade die schwierigen Bedingungen der Corona-Pandemie, die selbst das persönliche Abschiednehmen einschränken, forderte das Seniorenaktiv. Martin Schlücker fand auch dafür eine würdevolle Lösung.

Zuletzt machte Martin Schlücker sicherlich auch die Parteientwicklung selbst Sorgen. Entscheidungen des Kreisvorstandes, angesichts der negativen Mit-

gliederentwicklung mit stärkeren Sparbemühungen in den Ortsverbänden zu antworten, konnte er in der geforderten Form nicht nachvollziehen. Dennoch: Die nicht einfachen, aber notwendigen Bemühungen des Kreisvorstandes, unsere schneller kleiner werdende Partei langfristig auch finanziell auf eine solidere Basis zu stellen, verkennen nicht die Bedeutung der Arbeit eines Seniorenaktivs und das Engagement all derer, die sich um den Zusammenhalt in unserer Partei kümmern. Denn darum geht es: Wir müssen vorleben, was wir von Gesellschaft fordern: Solidarität und Mitgefühl!

Deshalb dankt der Ortsvorstand Genossen Martin Schlücker sehr herzlich für sein jahrzehntelanges Wirken in und für die LINKE. In den Dank schließen wir seine fleißigen und ebenfalls sehr zuverlässigen Mitstreiter ein, die Genossen Peter Reimann, Manfred Baginski sowie Heinz Marsel.

*Kathrin Kagelmann
Ortsvorstand Niesky*

Aus dem OV Weißwasser

Der Ortsvorstand von Weißwasser tagte am 18. Januar.

Ausgewertet wurde die Ehrung von Karl Liebknecht/ Rosa Luxemburg die trotz Corona gut besucht wurde.

Auf den Kompass wurde hingewiesen und auf den Mitgliederbrief, den sich alle nochmals zu Gemüte führen sollen.

Für den 28. Januar wurden die Termine für den Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus bekannt gegeben und werden per Mail und WhatsApp im Ortsverband geteilt.

Eine Gesamtmitgliederversammlung wird für den März anvisiert.

Heike Krahl



Kostenlose öffentliche Trinkwasserbrunnen gehen in Betrieb

Aufgrund eines Antrages der Fraktion der Linken im Stadtrat Görlitz in der vergangenen Legislaturperiode wurde am Postplatz, Kaisertrutz und am Obermarkt jeweils ein Trinkwasserspender aufgestellt. An diesen kann man sich in heißen Sommertagen bedienen. Speziell für Menschen, die wenig Geld zur Verfügung haben, ist dies ein großer Vorteil. So sieht eine Aufwertung des öffentlichen Raumes aus linker Perspektive aus, denn der Zugang zu Wasser ist ein Menschenrecht und sollte nicht vom Geldbeutel abhängen.

Lukas Kotzybik

Stromschläge als Lebensretter - Linke stellt Antrag für Defibrillatoren



Die Stadtratsfraktion der Görlitzer Linken hat im Dezember einen Antrag für die Errichtung von öffentlich zugänglichen Defibrillatoren im Stadtrat eingereicht. Im Idealfall entstehen so zunächst

drei Defibrillatoren-Standorte in der Innen- sowie Altstadt. Die Fraktion hält sie für einen wichtigen Faktor um die Sicherheit der Einwohner*innen zu erhöhen. Gerade in einer Stadt mit erhöhtem Durchschnittsalter ist der Einsatz solcher Geräte wahrscheinlicher. „Bei einem Herzstillstand erhöht der Einsatz eines Defibrillators die Überlebensrate und darüber hinaus wird bei Überlebenden die Wahrscheinlichkeit bleibender Schäden, aufgrund von Sauerstoffmangel im Gehirn, stark reduziert.“, äußert sich Lukas Kotzybik, der Initiator des Antrages. Im Februar steht der Antrag auf der Tagesordnung des Stadtrates.

Lukas Kotzybik

Aus dem Leben der BO Oberland

Am 18. Januar trafen wir uns wie immer in der „Brauerei“ Ebersbach. Hier eröffneten wir die Diskussion über das **Strategiepapier** unserer Partei, welche wir in der nächsten Mitgliederversammlung noch fortsetzen wollen. Ein erster Tenor war: Unser Markenkern sollte der Kampf um **soziale Sicherheit** und um den **Frieden** sein. Klimaziele zu erreichen, halten wir zwar für wichtig, jedoch sollten wir dabei die Grünen nicht zu überholen versuchen, sondern auf die soziale Absicherung hinwirken. In diesem Zusammenhang unterstützen wir Gedanken zum Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel und befürworten die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Nach unserer zweiten Diskussionsrunde im Februar wollen wir uns öffentlich zu Wort melden.

Holocaust-Gedenken in Ebersbach-Neugersdorf

Am 27. Januar erinnerten Vertreter des Stadtrates und der Stadtverwaltung in einer kleinen Rede und mit einem Blumenkranz an den Gedenksteinen in Ebersbach und Neugersdorf an die Opfer des Faschismus. Der Sozialpädagoge der Andert-Oberschule war mit drei Schülervertretern gekommen, um sich vor den Toten zu verneigen. Vertreter der LINKEN und weitere Bürger unserer Stadt legten Blumengebinde und rote Nelken nieder. Alle waren sich einig: Ein solches Unrecht darf sich

nie wiederholen.

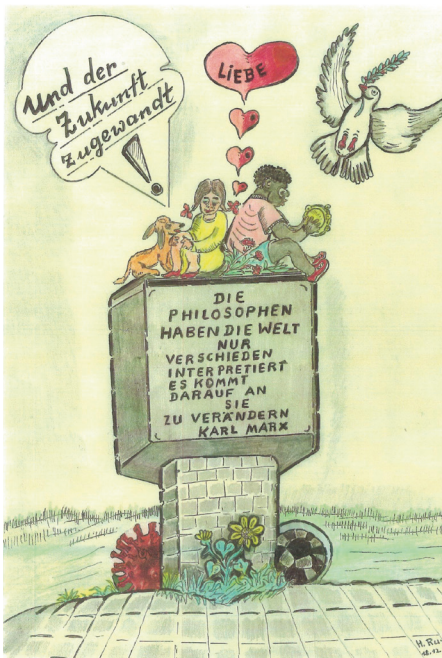
Edith Peiser



Buchvorstellung: Sahra Wagenknecht „Die Selbstgerechten“



Im Frühjahr vorigen Jahres erschien Sahra Wagenknechts Buch „Die Selbstgerechten“. Unterschiedlicher hätten die Reaktionen darauf nicht sein können: Im „Spiegel“ rangierte das Buch wochenlang auf Platz 1 und danach unter den Bestsellern, in der Partei DIE LINKE wurde gegen Wagenknecht ein Ausschlussverfahren wegen „parteischädigenden“ Verhaltens angestrengt. Nach dem desaströsen Ergebnis der Bundestagswahl 2021 (nur 4,9 %, nur drei Direktmandate retteten den Fraktionsstatus) wurden einige nicht müde, das Buch als maßgeblichen Grund für diese Pleite zu brandmarken.



Nach fast einem Jahr haben sich die Rauchschwaden gelichtet, aber die Fronten sind weiter verhärtet und in Partei und Fraktion wird munter weiter gestritten. Was wird Wagenknecht von Seiten der LINKEN vorgeworfen? Sie versucht in ihrem Buch Gründe für den Abstieg der LINKEN, der sich schon seit Jahren vollzieht, zu analysieren. Dabei stößt sie darauf, dass sich die Wählerinnen und Wähler von der Partei immer mehr abwenden, weil sie sich von ihr nicht mehr vertreten fühlen. Gerade Menschen mit geringen Einkommen, prekären Arbeitsverhältnissen, Zukunfts- und Abstiegängsten, deren Interessen von linken Parteien bisher immer vertreten wurden, vermissen die Parteinahme für ihre sozialen Probleme. Dafür dominieren ihrer Meinung nach Themen wie Identitätspolitik, Migration, Klimawandel, die Menschen mit Existenzängsten entweder nicht interessieren oder als Bedrohung verstehen. Sie will auch eine gewisse Überheblichkeit gerade junger Linksliberaler, die vorwiegend aus der Mittelschicht kommen, gegenüber Menschen ohne Hochschulabschluss erkennen, die sich dann z. T. von rechtem Gedankengut angezogen fühlen. Somit hat auch die Linke einen Anteil am Erstarken rechter Parteien wie der AfD. Das nimmt man Wagenknecht besonders übel und weist es meilenweit von sich.

Ich bin nicht mit jeder These Wagenknechts einverstanden. Die Probleme des Klimawandels und des Raubbaus an der Natur hat DIE LINKE bis auf wenige Aktive erst sehr spät programmatisch aufgegriffen nach dem Motto: erst soziale Gerechtigkeit, dann Klima. Dass es aber in einer um Ressourcen, Lebensraum und Lebensqualität umkämpften Welt zur immer tieferen sozialen Spaltung der Gesellschaft kommt, die Konflikte zwischen Armen und Wohlhabenden zunehmen, müsste Linken eigentlich klar sein. Deshalb ist ein sozial-ökologischer Umbau der Gesellschaft DIE Grundforderung der LINKEN. Oder sollte es sein. Wichtig finde ich Wagenknechts Gedanken zur Geldpolitik und wie der Staat aus der Schuldenfalle herauskommen kann. Dieses Thema ist in unserer Partei leider total unterbelichtet, obwohl es die finanziellen Grundlagen von Gesellschaft und Wirtschaft bestimmt. Statt das Buch und Wagenknecht zu verteufeln, sollte es als Aufhänger für eine ehrliche Analyse unserer linken Politik der vergangenen Jahre dienen, mit der wir ja offensichtlich nur noch einen kleinen Teil der Bevölkerung erreichen. Es vor dem Verreißen gelesen zu haben, sollte eine Selbstverständlichkeit sein, die ich bei manchen vermisste.

Sabine Kunze

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisvorstand Görlitz

Redaktion: Mathias Fröck (V.i.S.d.P.), Sabine Kunze, Heike Krahl

Bitte alle Beiträge an:

linksderneisse@linksmail.de

Satz & Druck: Moving Fuchs Agentur

Auflage: 500 Stück

Redaktionsschluss: 14.02.2122

Erscheinungsdatum: 04.02.22

Der Redaktion bleiben sinnwählende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vorbehalten. Wer Rechtschreibfehler findet, darf sie behalten.

Spendenempfehlung: 1,50€

Unser Spendenkonto ist:

DIE LINKE. Görlitz

Volksbank Löbau Zittau

IBAN: DE19 8559 0100 4500 3570 08